

Nebraer Anzeiger

Zweites Blatt

№ 142

Sonntag, den 29. November 1930

43. Jahrgang

Wirtschaftliche Zusammenarbeit.

In der großen Aussprache der französischen Kammer über die auswärtige Politik hat Briand kürzlich wiederum goldene Worte über die Notwendigkeit einer Politik des Friedens und der Verständigung geprägt, die mit aller Energie fortzuführen sei. Dieser aber verpürkte man von dieser Energie den weiteren Ausführungen des französischen Außenministers nichts; alle seine Worte über das, was Deutschland im Augenblick auf der Seele brennt, über die Revision der Grenzen, über die Erbfrage, über die Verfüllung, waren unklar und zweideutig. Um so klarer war dann allerdings die Rede, die Ministerpräsident Lardieu wenige Stunden später den Ausführungen seines Außenministers folgen ließ. Er belegte mit aller Deutlichkeit jeden Zweifel an der Tatsache, daß Deutschland in allen diesen Fragen von Frankreich nichts zu erwarten hat. So glücken die Leiter der französischen Politik aus Haard den beiden Hoffschändigern vor dem Berliner Schloß, die der Volksmund als den „gehämmten Fortschritt“ und den „geförderten Rückschritt“ bezeichnet hat. Ihr Belenztis zur Friedens- und Verständigungspolitik bleibt nur ein Lippenbekenntnis, das seinen Glauben weiden und seine mitreisende Kraft entfassen kann.

Auch in den Vereinigten Staaten ist die Erkenntnis der wirklichen Lage und der Folgerungen, die daraus für die Weltpolitik zu ziehen sind, nicht weitergediehen. Gewiß haben die dantenswerten Vorträge des früheren Reichsbankpräsidenten Dr. Schmidt über die wirtschaftliche Lage Deutschlands viel Beachtung gefunden, gewiß ist vielfach von Geschäftsmännern und von Männern der Praxis darauf hingewiesen worden, daß die Friedensverträge und die Regelung des Reparations- und des Schuldensproblems die eigentlichen Ursachen für einen großen Teil der wirtschaftlichen Not, unter der die ganze Welt leidet, darstellen. Aber die offizielle Politik der Vereinigten Staaten weiß nichts davon. Amerika droht das Schicksal des Königs Midas, in seinen Wangenwäulen ist ein großer Teil des Goldes der Welt aufgekapelt, während auf den Straßen die Arbeitslosen verhungern und erstarren. Und die Vorkämpfer der Welt, die vorragender und weitblickender Staatsmann, fordert auch ein erfahrener Wirtschaftler ist, hat vor der Vizepooler Handelskammer darauf hingewiesen, daß die jüngsten Ereignisse in Deutschland und in Südamerika zum größten Teil auf das Unvermögen der Schuldner zurückzuführen, ihre Waren zu einem vernünftigen Preise zu verkaufen. Während das Gold der Welt, das Blut der Wirtschaft, in Frankreich und Amerika aufgekapelt ist und dort Konjunktionsverursacht, drohen große Teile der Welt an finanzieller Wüsterie zugrunde zu gehen.

Wie lange noch wollen die Politiker der Welt diesen wirtschaftlichen und politischen Unflut verantworten? Sind die Worte der Sachverständigen, daß die Zusammenarbeit der Völker die Voraussetzung für das Funktionieren des Youngplans sei, denn ganz verzeihen? Hat nicht noch jüngst der Reichspräsident die Geschäftsführer an die Verpflichtung erinnert, die sie damit auf sich genommen haben? Man kämpfe sich doch nicht!

Für dich, Mädi!

Ein Roman von Benzin und Liebe von Fritz Lange
Copyright by Martin Feuchtwanger, Halle (Saale)

„Gut, ich will meine Verbindung ganz genau formulieren: Ich bringe dir die fehlende Zeitrechnung, wenn du dich verpflichtest, mich innerhalb drei Monaten zu heiraten.“

„Sie ließ ihn nicht aus den Augen und freute sich seiner momentanen Hilflosigkeit. Die Wirkung ihrer Worte war grotesk: Mut, daß, Verzweiflung spiegeln sich in einer bösen Mischung auf seinem Gesicht. Schließlich ließ er unwillig hervor:“

„Spiel doch kein Theater, Mädi! Dazu kennen wir uns doch viel zu gut.“

„Sie drehte sich brüsk nach dem Fenster.“

„Warte, es steht dir frei, mich ernst zu nehmen oder nicht.“

„Nun lasche er.“

„Du bist tölplich! Bisher warst du stets ein Feind der Ehe.“

„Man kann sich wandeln“, gab sie kühl zurück.

„Ich denke nicht daran, mich zu binden.“

„Sie sprach nun vor sich hin, leise, doch deutlich vernehmbar:“

„Du könntest dich zwingen und gefällig machen.“

„Ein jäher Verzicht trieb ihm das Blut zur Stirn. Mit einem Sprung war er bei Mädi. Seine Hände spannten sich um ihre Schultern.“

„Gute dich!“ leuchtete er.

„Sie rief sich los. Ihr Blick war Verachtung, ihre Sprache Drohung.“

„Ich habe noch die Aufnahmen von Sachs Bergasser!“

Robert Braun fühlte sich widerstandslos von einem Zittern ergriffen. Er mußte nicht: war es Schwäche, Verächtlichkeit oder daß, Glühender Haß gegen diese Frau, die

es geht heute um mehr als um Reparationen, als um Schuldübertragung. Die wirtschaftliche Krise stellt heute durch die ganze Welt, sie bedroht nicht nur die einzelnen Unternehmen, sie gefährdet die ganze soziale Ordnung, sie erschüttert unser gesellschaftliches System.“

Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß der abendländliche Kapitalismus in einer ersten Krise sich befindet. Aber noch besteht er den Fieberstadium, um aus den Trümmern, die uns überall anstarrten, neues Leben zu erwecken. Es gilt, den befruchtenden Goldstrom des neuen Saes der Bank von Frankreich und der amerikanischen Banken, wo er jetzt stagniert, in die notleidenden Gebiete zu lenken. Dazu bedarf es internationaler Zusammenarbeit. Aufgabe der Kapital in überflüssigen Nationen ist es, mit den Kapitalarmen, die industriellereichen Ländern, zum Beispiel Amerika, zur Schließung neuer Märkte. Für Americas Zusammenarbeit mit den europäischen Industrieländern kommt in erster Linie China in Frage. Dort gibt der Bürgerkrieg seinen Ende entgegen; ein Land von der Größe des europäischen Kontinents, ein Volk von 400 Millionen Seelen harret der Mittels Europas und Americas an seinem wirtschaftlichen Wiederaufbau. Hier liegen ungeheure Möglichkeiten fruchtbare Arbeit zum Wohle eines großen Teiles der Menschheit, hier hat der Kapitalismus eine Mission zu erfüllen, die ihn noch einmal vor dem Gewissen der Menschheit rechtfertigen kann.

Die andere große Aufgabe, die der Lösung harret, liegt uns näher und ist für uns deshalb noch wichtiger, auch wenn sie weniger umfassend ist. Komme eine deutsch-französische Zusammenarbeit zur wirtschaftlichen Erschließung SüdEuropas zustande, so wäre ein großer Schritt zum wirtschaftlichen Wiederaufbau Mittel- und SüdEuropas getan und gleichzeitig die Grundlage gelegt zu einer verständlichen deutsch-französischen Aussprache über die Deutschland und Frankreich trennenden politischen Fragen. Der französische Handelsminister Flanbant hat sich vor einiger Zeit sehr sympathisch über eine solche deutsch-französische Zusammenarbeit in SüdEuropa geäußert, er hat auch auf einer Reise in jene Gebiete Sondierungen vorgenommen. Seitdem ist es sehr still geworden von diesen Dingen. Hier wäre ein Gebiet, auf dem Herr Briand seine Energie, von der er in der Kammer sprach, betätigen könnte. Zum Welten Frankreich, zum Westen Europas und im Dienste der internationalen Verständigung.

Wir können die Krise überwinden.

Laufte: Es hat keinen Zweck, den Kopf hängen zu lassen.

Berlin, 28. November.

Der Hauptausfluß des Reichsverbandes der Deutschen Industrie hielt in Berlin eine Sitzung ab, in der Dr. Duisberg und Dr. Brüning über das Sanierungsprogramm der Reichsregierung und dessen Auswirkungen auf die Industrie sprachen. Dr. Meißner besprach die Kapitalverleugung der deutschen Wirtschaft. Anschließend sprach Reichsbankpräsident Dr. Luther. Er führte u. a. folgendes aus:

Wenn noch jemand an der Festigkeit der deutschen

Währung gezweifelt hat, dann müßte ihn die gegenwärtige Krise, in der die Wirtschaft Not leidet und Politisches in Gärung ist, die Reichsregierung aber fest steht, eines Besseren belehrt haben. Viele von den nach Zahl und Kapitalwert überhöhten Kapitalgläubigern in den letzten Wochen nach der Reichsagsnot haben inzwischen festgestellt, wie schlecht sie spekuliert haben. Die letzten Jahre alte Reichsakt hat die letzten wachstümlich nicht letzten Jahre durchgehalten, und sie wird noch viele Male sieben Jahre durchhalten.

Es hat keinen Zweck und bringt nicht vorwärts, den Kopf hängen zu lassen. Man muß versuchen, die wirtschaftlichen Kräfte lebendig zu machen und nach jeder Aufstiegsmöglichkeit zu greifen. Ein im Innern hartes Deutschland hat auch jetzt noch Erfolgsaussichten im außenpolitischen Ringen. Geschlossener nationaler Willen — die Renntkraft hat es gezeigt — erzwingt im Ausland Verständnis für deutsche Lebensfragen. Gelänge obenberei die ungeheure Kräfteaufsummierung zu wirtschaftlicher Regierungsgewalt im Reich, gelänge die Reichsreform, so würde durch die Einigung über verklärten Kraft des Reiches Deutschlands Lage sehr erleichtert werden, besonders auch zu Gunsten des deutschen Offens.

Man soll sich nicht durch Weltwirtschaftsstreife, durch Reparationen und durch den großen sozialen und wirtschaftlichen Umformungsprozeß, durch den Deutschland hindurch muß, läßten lassen. Deutschland wird auch hier hindurch kommen, denn in ihm lebt zu viel gesunde Menschenerkenntnis, um sich auf dem Experiment einer radikalen Umwälzung seines Wirtschaftssystems einzulassen. In den Stämmen der Weltwirtschaftsstreife braucht Deutschland nicht nur Not und Abbergang zu sehen. Es kann in ihnen auch, wenn es segeln kann, das rettende Ufer erreichen. Mit steigendem Nachdruck muß deutschereits darauf hingewiesen werden, daß zum Youngplan auch die von den anderen zu erfüllenden Voraussetzungen gehören. Der Youngplan ist ein Damesplan vor der Welt und ein Verhältnis zu dem Verhältnis seiner Leistungsfähigkeit zu belassen. Das muß selbstverständlich auch für den Youngplan gelten. Auch die Aufrechterhaltung der sozialen Lebensbedingungen des deutschen Volkes muß unter dem Youngplan beachtet werden. Je fester und entschlossener das deutsche Volk danach trachtet, durch Senkung der Produktionskosten und Freie Möglichkeit vor den anderen die neuen Ufer zu erreichen, desto besser werden seine wirtschaftlichen Zukunftsaussichten sein.

Man sollte darauf rechnen können, daß insofern wachsender Einfluß in die weltwirtschaftlichen Gefahren der jetzigen Reparationsregelung das, was nicht bestehen bleiben kann, geändert wird.

Keine allgemeine Tarifermäßigung.

Nur der Kohlenarbit wird teilweise gesenkt.

Berlin, 27. November.

Der Verwaltungsrat der Reichsbahn beriet in Berlin über die Frage, wie weit und in welcher Weise die Reichsbahn bei dem Preisabbauprogramm der Reichsregierung durch Senkung der Tarife helfen kann. Eine allgemeine Tarifermäßigung zur Zeit zu genehmigen, liegt nicht der Verwaltungsrat nicht in der Lage, da die damit verbundenen Mindererinnahmen dazu zwingen würden, so scharfe Drahtlungen beim Beschaffungsprogramm vorzunehmen, wie sie weder vom Standpunkt der Betriebsfähigkeit noch von dem der Befähigung der Arbeitslosigkeit tragbar wären.

„In der Tat, ich verstehe, wie man sich über die Welt freuen kann, wenn man sich nicht fürchtet, die Welt zu verlassen.“

„Aber niemand ließ sich sehen. Wahrscheinlich hatte er kaum Vorliebe zu ihm genommen oder die Arbeit hielt ihn in der Stadt zurück. So sah er ja aus, als ob er nur seinen Beruf tun und sonst nichts. Das mochte sein; niederdrückend war jedoch der Gedanke, daß er nicht fern von einem anderen Mädi verstreut haben könnte.“

„Ueber solchen Dingen hat Elisabeth das Weinen an. Und jetzt eben hielt draußen vor dem Hause ein Kraftwagen. Mädi fuhr sie mit der Hand über die strahlenden, feuchten Augen, zupfte die weiße Schürze zurecht — so, nun mußte sie wieder tapfer sein und den Gästen ein frohliches Gesicht zeigen.“

„Es war Herr Braun, der Freund von Hans.“

„Ich will Sie abholen, Fräulein Elisabeth, zur Einlösung meines Verpfandes.“

Robert Braun gab sich heiter und unbefürchtet. Ueber das Intermezzo vom Vormittag war er mit sich ins reine gekommen. Er wollte Mädi Belmont vorläufig völlig teilhaben, ignorieren. Wenn sie wirklich das Heuerliche waren und den Diebstahl an Hans Wachs der Staatsanwaltschaft anhängen sollte, würde sie sich selber in die Wüste setzen. Dieser Gedankengang trieb ihm als schmerzlicher Trost.

Zur Auffrischung seiner Sinne lockte es ihn nach „Weidmannsruh“, Sapphi, das keine Mädi hätte er im Trubel der letzten Tage halb vergessen!

„Elisabeth fertigte ihm den bestellten Kaffee. Ihre Freunde hatte sich fast gemächtigt. Und nun wagte sie die Frage, die ihr so schwer fiel, und die ihr doch fast das Herz abdrückte.“

„Wo ist Ihr Freund?“ Sie vermied es, Robert dabei anzusehen; aber ihre erwartungsvoll glänzenden Augen vertieten sie.

(Fortsetzung folgt.)

Die Senkung von einzelnen Tarifen werde schon bisher, soweit es die Finanzlage irgend gestatte, dauernd durch Ausnahmestafeln vorgenommen, und Produktion und Verbrauchsart zu befriedigen. In diesem Sinne gab der Verwaltungsrat die Genehmigung, den Kohlentarif für die Ausfuhr und nach Wettbewerbsgebieten zum 1. Dezember 1930 mit einer Mindererhebung von über 700 Millionen M. gegenüber dem Vorjahr gerechnet werden muß. Es tritt für dieses Jahr eine Erhöhung dadurch ein, daß das Reich auf langfristige Forderungen der Reichsbahn verzichtet hat und daß ein Vortrag aus den Erträgen früherer Jahre zur Verfügung steht. Diese Erträge sind aus der vom Reich beabsichtigten Veräußerung der Beamtengehälter zu erwarten. Der Reichsbahn bezüglich ihrer Beamtengehälter anpaßt wird die Mitglieder des Vorstandes haben dem Verwaltungsrat gegenüber am 20. v. M. ihrer gelagerten Bezüge verzichtet. Der Verwaltungsrat hat beschlossen, alle Dienstverhältnisaufhebungen vom 1. Januar 1931 ab im 20. v. M. herabzusetzen.

Am den Krankenschein

Das Ergebnis der Besprechungen mit den Sozialdemokraten

Berlin, 28. November.
Wie wir erfahren, handelte es sich bei den gestrigen Besprechungen des Reichsarbeitsministers Dr. Segerwald mit den Führern der Sozialdemokratie darum, in der Frage der 50-Minuten-Gebühr für Krankenschein und Rezept eine Verständigung herbeizuführen. Die Sozialdemokraten verlangen die vollständige Abschaffung der Gebühr. Der Reichsarbeitsminister hat einen Gegenorschlag gemacht, demzufolge nicht nur die langfristige Erwerblosen- und die Tuberkulose-Kranken von der Gebühr befreit werden sollen, sondern alle aussererwerbten Erwerblosen und die Kategorien der uniernten Unterhaltungslosen. Dieser Vorschlag würde etwa der Hälfte der Erwerblosen zugute kommen. Die sozialdemokratischen Unterhändler haben sich für die Entschließung Beibehaltung dieser Entschließung durch die Regierung aber bis heute ohne Erfolg. Die Regelung dieser Frage ist wichtiger Teil der Gelöbnishaltung der Sozialdemokratie zur Politik des Reichsarbeitsministers Dr. Segerwald. Der Reichsarbeitsminister hat die Führer der Sozialdemokratie gebeten, ihm bis zu diesem Zeitpunkt schriftlich mitzuteilen, ob die sozialdemokratische Forderung bereit ist, im Reichstag das Finanz- und Wirtschaftsprogramm anzunehmen. Sollte die Antwort negativ ausfallen, so wird das Kabinett heute abend zweifellos den Beschluß fassen, das Programm durch Notverordnung in Kraft zu setzen.

In politischen Kreisen würde man aber auch, wenn dieser Weg eingeschlagen würde, keine wesentliche Zulipfung des Verständnisses zwischen dem Reichskabinett und der Sozialdemokratie sehen, da der Sozialdemokrat die Gegenentwürfe gegeben werden können. Die neue Notverordnung wird sich noch im Hauptausdruck zu beraten, wie es jetzt mit der Zustimmung geschieht. Der Reichsarbeitsminister hat übrigens nicht die Absicht, auch den Reichstag durch Notverordnung in Kraft zu setzen. Er hatte gestern abend noch eine persönliche Aussprache mit einem der einflussreichsten Führer der Sozialdemokratie. Dabei ist der ganze Fragekomplex noch einmal durchgegangen worden.

Ein deutscher Wahltag.

Bei den norddeutschen kirchlichen Wahlen.

Sonderburg, 28. November.
Für die Kirchenwahlen hatten sich die norddeutschen kirchlichen Ämter auf eine gemeinsame Linie geeinigt, so daß eine Wahlüberflüssigkeit war. In Sonderburg waren die Verhandlungen an den übertriebenen Forderungen der Dänen und der Sozialdemokraten gescheitert.
Die jetzt vorgenommenen Wahlen zeigten ein glänzendes Ergebnis für die Deutschen. Sie erhielten 734 Stimmen.

Für dich, Mädli!

Ein Roman von Benzn und Liebe von Fritz Lange

Copyright by Martin Pöschelwanger, Halle (Saale) 113
"Er hat keine Zeit." Und ich herabschauend, sagte er: "Der Streber..."
Elsbeth schämte. Der Glanz ihrer braunen Augen verblühte. Im Hause wechselte sie ein Wort mit ihrem Vater.
"Herr Braun will mich mitnehmen zu der verprochenen Spazierfahrt."
"Es geht an. Gasse sind sehr knapp heute."
"Ich möchte lieber verzichten, Vater."
"Da schüttelt der Alte missbilligend mit dem ergrauten Kopfe."
"Warum denn? Erst sagst du zu, und nun willst du nicht. Fahre nur mit — Herr Braun ist ein guter Gast von uns!"
Elsbeth wagte weiter keinen Widerspruch. Fünf Minuten später war sie fertig zur Fahrt. In ihrem weiß-roten Chinarotzkleid war sie zum Ansehen hübsch.
"Zieh dich vor, Hans! Fahre nicht so schnell, daß dir nichts passiert!"
"Gewiß, Mutter!"
Die Witwe, noch verhältnismäßig jung, starrte ihrem Sohne lächelnd über den Scheitel. Mütterliche Vororgane brühte sich in dieser Gasse aus. Hans war ihr Stolz und Trost für alle Enttäuschungen des Lebens.
"Es werden täglich so viele Unfälle in den Zeitungen."
"Ich bin jetzt wieder da, Mutter. Nur meinen Verfaller will ich ausprobieren. Und mit einem kleinen, entzücklichen Mädchen hätte er schon eine Witwe, keine Geheule während meiner Abwesenheit ansetzen!"
Die kleine, zarte Frau nicht bedächtig. Ein zweites Mal würde sie sich von einer Rita Belmont nicht wieder täuschen lassen...

men, während die Dänen nur 451 und die Sozialdemokraten 128 Stimmen erhielten.
Damit kommen auf die deutsche Seite neun Sitze, auf die Dänen fünf und auf die Sozialdemokraten ein Sitz in der Kirchenvertretung. Die Deutschen, die auch bei größtem Optimismus ein derartiges Ergebnis nicht erwarteten, hatten nur sieben Mandate auf ihre Liste geleistet. Die Frage, wer das achte und neunte Mandat erhalten soll, wird vom Kirchenminister beantragt werden müssen. Die bisherige Zusammenlegung der Kirchenvertretung war sieben Dänen, fünf Deutsche und drei Sozialdemokraten.

Der Moskauer Sabotage-Prozess.

„Eine große militärische Intervention war geplant.“

Konno, 27. November.
Im weiteren Verlauf des Prozesses gegen die sogenannte „Industrie-Partei“ erklärte — nach dem Bericht der amtlichen Telegraphenagentur der Sowjetunion — der Hauptangeklagte Kaminin weiter, der französische Generalstab habe im Juli 1931 im Auftrag der russischen Regierung mit Hil e Polens ein militärisches Einmarschieren gegen Rußland beabsichtigt. Der russische Industrielle Denissow erklärte, Polen wollte den Kampf gegen den Bolschewismus unter der Führung mitschneiden, daß es einen erheblichen Schaden für den Staat, die Zahl der Truppen für den Kampf gegen die Sowjets sollte mindestens eine halbe Million betragen.

Der Angeklagte Ramirow bestätigte die Angaben Kaminins und erklärte ferner, die Verschwörer hätten gegen neue Geheimnisse aus Frankreich und England herbeizuführen. Paris sei am dem Zustand der Polenarmee besonders interessiert gewesen. Weiter erklärte Kaminin, daß die russische Regierung im Juli 1931 im Auftrag der Sowjets eine halbe Million betragen. Der Angeklagte Ramirow bestätigte die Angaben Kaminins und erklärte ferner, die Verschwörer hätten gegen neue Geheimnisse aus Frankreich und England herbeizuführen. Paris sei am dem Zustand der Polenarmee besonders interessiert gewesen. Weiter erklärte Kaminin, daß die russische Regierung im Juli 1931 im Auftrag der Sowjets eine halbe Million betragen.

Die Lage in Oesterreich.

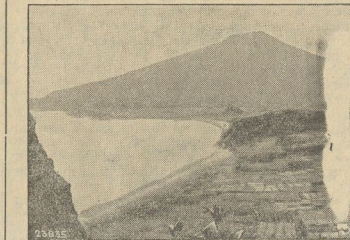
Wien, 27. November.
Der neu gewählte österreichische Nationalrat ist für den 2. Dezember einberufen worden. Noch aber läßt sich nicht erkennen, wie eine parlamentarische Mehrheit zustande gebracht werden soll. Der Kampf zwischen den christlich-sozialen und dem Schönererblock damit mit unermüdlicher Stärke fort.
Ein Vorschlag Dr. Seipels, der die bürgerlichen Parteien zu einer parlamentarischen Arbeitsgemeinschaft zusammenzuführen will, trauft aufgegeben von vornherein unter dem Vorwand, daß er einseitig die Interessen der Christlich-Sozialen vertreten würde. Der Kampf behauptet zwar, daß er kein Projekt gleichzeitiger aller Parteien unterbreite. Sein Vorschlag zielt auf die Zusammenfassung aller nichtsozialistischen Fraktionen, lediglich zum Zwecke der parlamentarischen Arbeit, von der die Einwirkung der Parteien möglichst ferngehalten werden soll. Auch auf parlamentarische Streitigkeiten sollen dem Kampf der Parteien entzweit werden und lediglich dem Kabinett unterliegen. Es sieht nicht so aus, als ob dieser Vorschlag besondere werbende Kraft hätte.

Das Erdbeben in Japan.

291 Tote und 146 Verwundete.
London, 28. November.
Die Zahl der Opfer des japanischen Erdbebens ist nach den letzten Meldungen auf 291 Tote und 146 Verletzte an-

gesehen. Sechs Personen werden vermißt, 455 Häuser wurden zerstört und rund 4500 beschädigt. Auf der Halbinsel Surubaru viele Dörfer zerstört. Straßen und Eisenbahnlinien sind kreuzweise zerstört. Von dem Ort Hofomacchi, der bereits bei dem Erdbeben im Jahre 1923 vollkommen zerstört wurde, sind nur vier Häuser übrig geblieben. Der Fudschiro-See steht noch in Flammen. In dem im Bau befindlichen Tunnel bei Akiwa wurden fünf Arbeiter vertrieben. Nur einer von ihnen konnte gerettet werden. Auf der Halbinsel Su befinden sich zahlreiche Baderste.

Handel und Gewerbe auf der Halbinsel Su haben unter den Wirkungen des Erdbebens verhältnismäßig wenig zu leiden gehabt, da das heimeligste Gebiet hauptsächlich in vorstädtlichen Charakter hat. Den meisten Materialschaden haben der Hafen von Schimizu sowie die Fabriken und der Tunnel von Tama zu verzeichnen. Der Schaden in Schimizu und bei den Fabriken wird auf eine Million Yen geschätzt. Der Tunnel, der seit langen Jahren im Bau war, hat bis jetzt 20 Millionen Yen gekostet. Mehrere Sachverständige sind der Meinung, daß der Bau dieses Tunnels im Erdbebengebiet eine verhängnisvolle Wirkung auf die Naturkräfte im Erdbeben gehabt hat.



Die Erdbebenkatastrophe in Japan. Die kleine, südwestlich von Tokio gelegene Halbinsel Su ist von einem riesigen Erdbeben heimgesucht worden. Nach dem Erdbeben drangen Brände aus.

Das Mittel zum Zweck.

Der deutsche Reichstag soll mit jeder seiner Handlungswesen irgendeinen Zweck verfolgen. Denn schließlich ist jedes Tun und Handeln ohne Zweck und Zwecklos. Auch die Handlungswesen aus idealen Motiven ist keine zwecklos, sondern sie wird von dem Gedanken des Edlen und Gutwilligen getragen. Um etwas zu bewirken, muß man sich um ein bestimmtes Mittel bekümmern, die nur zu oft kritisiert und bestritten werden. Sie läßt bei einzelnen oder bei der Allgemeinheit ein Echo aus, das je nachdem wohlwollend oder ablehnend klingt. Man spricht von dem Mittel zum Zweck, nur ist der Begriff dieses Mittels indifferent, denn das Mittel kann entweder lauter oder unlauter sein. Beispielsweise kann jemand aus Mittel zum Zweck handeln, er kann ein Ehrenwort brechen, oder sich nichtig von Gesetzen wegen falsch machen. Man wird befehlen, wenn man behauptet, daß ein derartiges Mittel zwecklos ist unlauter anzupreisen ist. Wenn ich dagegen aus idealen Motiven, aber um für die Allgemeinheit etwas zu erreichen das Mittel zum Zweck, so wird man diesen Weg nur als lauter bezeichnen können. Nun sind aber leider die wenigsten Menschen so ideal veranlagt, als daß sie ihre Verurteilung in den Hintergedanken lassen möchten, darum ist fast jeder Zweck Selbstzweck geworden. Wären wir uns geistlich oder ins politische Leben hinein, würden wir uns überfordern, so es sich schließlich überhaupt darum handelt, irgendein zum Ziele zu gelangen, überall wird man doch jenen Selbstzweck im Hintergedanken lauter leben. Man könnte demzufolge eigentlich von einem Mittel zum Selbstzweck sprechen. Nur viele Menschen wollen das nicht wahr haben, sie glauben, ihre Handlungswesen mit der Note des Allgemeinwohls decken zu können. Nur der Zweck, den man auf der geraden Linie, auf rechtlicher und moralischer Grundlage erreichen kann, ist der mit dem lautersten Mittel. Wir wollen uns das als ein Gedächtnis schreiben, denn sonst müßte man an Stelle des Ausdrucks „Mittel zum Zweck“ einfach jenes herbe Wort setzen, das das heißt: „Egoismus!“

Auf der Ebene war Hans ganz zufrieden. Der Vater, das erste Exemplar dieser Art, funktioniertere ausgetrieben. Das Motorrad lieferte jedoch immer Kilometer auf der Geraden. Das Gesicht des jungen Erbinerstrahlte voll Zufriedenheit. Seine Erwartungen klüfften sich an den kleinen wichtigen Motorzubehörteilen. Wenn man jahrelang mit einer Idee ringt, mit allen beschenden und auslaufenden Schwierigkeiten kämpft und sie nach mancher Niederlage endlich doch besiegt, dann ist die Schöpferfreude vollkommen.
"Nun in die Berge, Analerbe!" rief Bach lachend und laut, das Motorrad nach Sinden in gebirgiges Gelände lenkend.
Und da stellen sich die ersten Mängel heraus. Der Motorporrier mußte schalten, vom direkten auf den mittleren und sehr bald schon auf den kleinsten Gang. Und dann blieb die Maschine doch noch liegen.
Etwas enttäuscht, mußte Hans absteigen. Es genügte, die Einstellerschraube für den Schwimmer um einen Gewindegang anzuziehen. Und nun war die Maschine wieder zu halten. "Analerbe!" rief Bach hoch das Gelände. Der Erfinder schmunzelte. So gefiel es ihm.
Wie hatte Robert gesagt? Es vergeht kaum eine Woche, in der uns nicht eine Reuevorstellung auf diesem Gebiete vorgelegt wird. "Oh, Wagnemann ant nicht! In den Bach-Verleger kam kein anderer heran!"
Vremel! Durch das langgestreckte Dorf konnte man nicht mit neuzeitiger Tempo fahren. So, jetzt rechts ab. Gefälle — Steigung — und dann wieder Wald. Hier war es schon hoffmeister. Hans drehte den Scheinwerfer an. Gut, das war eine Luft! "Analerbe!" keine keine Berge. Die Maschinenfahre schien sich in der Zeitlung verdoppelt zu haben.
Wagnen schickte ich alle an das Natantant. Nun ist es Zeit zum Handeln. Die launen Wagnen der Arbeit und des Verbreitens sind verübert, dachte der Glückliche. Und das Glück prägte sich auch auf seinen Ghan aus.
Da — was war das? Weshalb rannte das Mädels so zurückweilte die Straße entlang?

(Fortsetzung folgt.)

Neuburger Anzeiger

Amtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Neuba

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Koblentz.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Koblentz.
Geschäftsstelle in Neuba: Frau Kaufmann Weig, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Rahmen 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten: Stadtsparkasse Neuba — Bankverein Aachen.

N 142

Sonnabend, den 29. November 1930

43. Jahrgang

Aufrüstung statt Abrüstung. Deutschland in Genf erneut enttäuscht.

Genf, 28. November.

Der Abrüstungsausschuss hat mit 14 Stimmen bei Stimmenhaltung Deutschlands, Italiens, Sommerslands und der neutralen Mächte den Artikel EA des Abrüstungsabkommens in der folgenden, von den französischen und englischen Abordnungen beantragten veränderten Fassung angenommen: Das gegenwärtige Abrüstungsabkommen ist nicht in seiner Weise die Verpflichtungen ein, die aus den früheren Verträgen herrühren, nach denen gewisse vorkriegsähnliche Staaten eine Begrenzung ihrer Land-, See- und Luftkräften angenommen haben und in denen die gegenseitigen Verpflichtungen und Rechte festgelegt worden sind. Die vorkriegsähnlichen Staaten erklären, die in dem Abkommen festgesetzte Grenze für Rüstungen nur annehmen zu können im Hinblick auf die oben erwähnten Verpflichtungen und deren Aufrechterhaltung, die, was sie betrifft, eine wesentliche Bedingung der Einhaltung des Abrüstungsabkommens bildet.

Der Annahme dieses Antrages ging eine große politische Aussprache voraus.

Graf Bernstorff

gab im Namen der deutschen Regierung eine Erklärung ab, in der es u. a. heißt:

Der jetzige Abrüstungsvertrag hat mit Abrüstung — soweit es sich um die Landstreitkräfte handelt — nichts mehr gemein, als die Leberstift. Nimmt die Mehrheit des Artikels EA an, so werden dadurch nur die Staaten betroffen, die einen solchen Abrüstungsvertrag unterzeichnet haben. Ich gehöre nicht zu ihnen. Im Gegenteil, ich werde die Gelegenheit des Artikels EA benutzen, um gegen den Abrüstungsvertrag in seiner Gesamtheit zu stimmen. Vielleicht gibt es Zeitpunkte im Verlaufe der nächsten Stunden, in denen man meine Regierung einen Vertrag zur Mitunterzeichnung anbieten, der fast eine wirkliche Abrüstung zu bringen, den Rüstungsstand der Welt zu Lande vermindert, oder gar seine Erhöhung gestattet, und der für mich gleichzeitig eine Erneuerung der deutschen Unterfertigung unter die Abrüstungsbestimmungen des Versailles-Vertrages bedeuten würden. Ich muß Sie bitten, einen solchen Mission unbedingt zu entsagen.

Was den Zusatzantrag betrifft, den die französische Abordnung vorgelegt hat, möchte ich erklären, daß die Voraussetzungen, unter denen die deutsche Regierung den allgemeinen Abrüstungsvertrag als eine vertragsmäßige Gegenseitigkeit anerkennen kann, allgemein bekannt sind. Unser Standpunkt ist, daß Deutschland einen ersten Abrüstungsvertrag nur dann als solchen anerkennen kann, wenn er eine gerechte, der Sicherheit aller Staaten Rechnung tragende Lösung bringt. Deutschland wird das Abrüstungsabkommen danach beurteilen, ob es als Gegenseitigkeit für die deutsche Abrüstung endlich den Grundbesitz partieller Sicherheit vermindert.

Genf-England protestierte scharf gegen die Ausführungen Bernstorffs, nach denen eine Herabsetzung der Rüstungen im Abkommen nicht vorgesehen sei. Es sei ihm unverständlich, wie Bernstorff habe derartige Erklärungen können. Der Artikel beziehe sich gleichfalls auf das Londoner und Washingtoner Abkommen. Es müßte zu seinem größten Bedauern feststellen, daß die deutsche Abordnung im Gegensatz zu seinen Hoffnungen an den Arbeiten des Ausschusses nicht mitgewirkt habe.

Der italienische Vertreter, General Marinis, erklärte, die vorliegenden Abkommen seien unklar, da die Hauptfrage der Herabsetzung der Rüstungen nicht die des Konkreten, der Vertreter der polnischen Regierung verlangte, daß die Aufrechterhaltung und strenge Einhaltung der den vier Ländern auferlegten Entwaffnungsverpflichtungen in den Friedensverträgen die entscheidende Voraussetzung für das Inkrafttreten und die Einhaltung des Abrüstungsabkommens bilden. Die Vertreter Rumaniens und Südtirols schlossen sich dieser Erklärung an.

Graf Bernstorff erwiderte Cord Robert Cecil, mit der Frage, ob er der Meinung sei, daß das Abrüstungsabkommen eine Herabsetzung der ausgebildeten Reserven, des gesamten Kriegsmaterials und eine Einschränkung der Herabsetzung umfasse? Er wolle feststellen, daß die Herabsetzung der Landkräften der Abrüstung zur See gespart worden sei. Deutschland müsse nach wie vor Sicherheit im Sinne der Gleichstellung sämtlicher Mächte und Sicherheit für alle fordern.

Der Antrag der italienischen, türkischen und bulgarischen Regierungen, den Artikel EA zu streichen, und zur Entscheidung an die Konferenz zu verweisen, wurde vom Ausschuss mit zwölf gegen die Stimmen von Deutschland, Italien, Rußland, der Türkei und Bulgarien abgelehnt.

Die Hinterlist.

An der vorangegangenen Sitzung des Ausschusses war die vorgeschlagene Bestimmung über die Einziehung einer Kontrollkommission angenommen worden. Diese Kommission soll die Aufgabe erhalten, über die Durchführung der Abrüstungskonvention zu wachen.

Ferner hat der Ausschuss einigen Vorbehalten zugestimmt, von denen der wichtigste ist, daß jeder Staat das Recht erhalte, die Bestimmungen der Abrüstungskon-

vention für sich außer Kraft zu setzen, wenn „durch eine Veränderung der Umstände eine Bedrohung seiner nationalen Sicherheit“ eintritt.

Rußland wird weiterrüsten.

Der russische Kriegsminister Woroschilow erklärte in einer Rede vor der Reichstagsversammlung, die Verhandlungen in Genf hätten bewiesen, daß ein Abrüstung nicht zu denken sei. Die Sowjetunion müsse vor der Aufgabe, die Rolle Armeen weiter zu verkleinern und sie lediglich so auszurüsten, daß sie in der Lage sei, sich gegen jeden Angriff zu verteidigen. Der Reichstagsrat habe bewiesen, daß Rußland keine Freunde in Europa habe. Es müsse immer auf der Hut sein, um sich vor einem militärischen Angriff zu schützen.

Die deutsche Note abgegangen.

Keine außerordentliche Ratstagung. — Beratung im Januar.

Berlin, 28. November.

Das Reichskabinett hat in einer Nachsitzung sich abgeklärt mit dem Völkerverband wegen der Zerstückelung in Oberösterreich zu unternehmenden Schritte beschließt. Vor allem wurde beraten, ob eine außerordentliche Tagung des Völkerverbandes verlangt werden soll.

Nach eingehender Prüfung der Rechtslage und der Zweckmäßigkeit wurde das Reichskabinett in vorgeklärter Nachsitzung beschloß, auf die Einberufung einer außerordentlichen Tagung des Völkerverbandes zu verzichten und dafür die Behandlung der politischen Zerstückelung die deutsche Minderheit in Oberösterreich auf der nächsten ordnungsmäßigen Ratstagung zu verlangen, die am 15. Januar beginnt.

Dieser Entschluß hat seinen Grund darin, daß die außerordentliche Tagung infolge des schwerfälligen Verfahrens des Völkerverbandes, unzureichend, ungeklärt in die Verhandlung fallen würde. Praktisch hätte ein Verzicht auf Einberufung einer außerordentlichen Tagung die Fortsetzung der Januartagung bedeutet. Das Reichskabinett wollte vermeiden, sich einer Ablehnung auszuweichen, die der Zerstückelung der deutschen Bevölkerung nur abträglich wäre. Der Generalsekretär müßte nämlich erst das Einverständnis der Hauptnationen einholen. Unter diesen Umständen hat die Reichsregierung es für richtiger gehalten, den Weg der ordentlichen Tagung zu gehen.

Die deutsche Note ist im Laufe des Donnerstags abgegangen, wird also voraussichtlich am heutigen Freitag nach ihren Inhalten in Berlin veröffentlicht werden. Sie wird sich damit der deutsche Schritt seine Bewegung erheben, vorbehalten, die Einzelheiten der Vorgänge noch nachzutragen. Es ist anzunehmen, daß gleichzeitig auch noch diplomatische Schritte eingeleitet werden, um der Beschwärde den nötigen Nachdruck zu verleihen. Außerdem werden die Gerichte in dem Zusammenhang der deutschen Minderheit sein, der sich die Reichsregierung gewissermaßen als Nebenaktion anschließt. Beide Beschwärden werden im Januar gemeinsam vor den Rat kommen.

Polen bedauert sich.

Wie der „Kraauer Kurier“ meldet, ist der polnische Staatsvertreter bei der Gemischten Kommission, Senchowski, beunruhigt worden, beim Präsidenten Calonder vorstellig zu werden, da der Stellvertreter des deutschen Staatsvertreters, Rosenthal, die Prüfung der hohenzollerischen Vorfälle durchgeführt habe ohne Rücksicht darauf, daß die Angelegenheit noch schwebt. Das stehe im Widerspruch zu Artikel 601 der Genfer Konvention.

Erregung in Oberösterreich.

Angefaßt der Empörung der Bevölkerung über die politischen Ausschreitungen in Oberösterreich hat der Reichspräsident in gleichem Auftrage an die Bevölkerung des oberösterreichischen Industriegebietes erlassen, in dem er dringend bittet, sich auf keinen Fall zu irgendwelchen Gewalttätigkeiten gegen die polnisch gelinnte Bevölkerung oder gegen polnische Staatsangehörige hinsetzen zu lassen. Da jede derartige Handlung der Erfolg der von der Regierung zu unternehmenden Schritte auf das schwerste gefährde und vor allem unsere Volksgenossen jenseits der Grenze immer wieder auf das schwerste in Gefahr bringe.

Dr. Wirth nach Oberösterreich abgereist.

Reichsminister Wirth hat sich in Begleitung des preussischen Staatsfreiherrn Lehmann nach Oberösterreich begeben, um die Bevölkerungstreu über die beschleunigten Maßnahmen der Reichsregierung aufzuklären, und zur Beruhigung der erregten Gemüter beizutragen.

Neue Leberfälle.

Eine Anzahl von Polen überfiel das deutsche Heim in Thurn. Bereits vor acht Tagen waren einmal polnische Banditen im deutschen Klublokal erschienen und hatten eine Lampe zertrümmert. Sie hatten aber damals von weiteren Ausschreitungen abgesehen, da nur ein Deutscher anwesend war. Sie hatten geurteilt: „Es lohnt uns nicht, wir kommen wieder, wenn mehr Deutsche hier sind.“ Am Mittwoch, 27. Abend drangen zunächst drei Polen in das deutsche Heim ein. Sie überfielen die darin befindlichen drei Deutschen mit Stöcken und Sägen. Fünf noch hinzukommende Polen warfen dann auf die Deutschen mit Bierflaschen und demonstrieren die gesamte Einrichtung des Lokals. Ein älterer deut-

licher Herr wurde schwer verletzt, zwei weitere Deutsche leicht. Das Lokal wurde vollkommen zerstört. Die herbeigerufenen Polizei erließen erst nach längerer Zeit und nach schließlich eine Verhaftung vor. Von dem Vorfall wurde dem deutschen Konsul in Thurn sofort Mitteilung gemacht, der auch am Tatort erschien und Ermittlungen anstellte.

Hafbefehl gegen Tabor Hartinger?

Nach weiteren Meldungen hat sich der von den Polen als militärisch für die Volkspolizei Vorgegangene verdächtige Tabor Hartinger den Sicherheitsbehörden telefonisch zur Verfügung gestellt. Da er sich jedoch auf evangelischem Kirchengebiet aufhält, können die Sicherheitsbehörden seine Vernehmung nur auf besondere Anordnung durchführen. Die Sicherheitsbehörden erwarten jedoch, daß der Untersuchungsrichter schon in nächster Zeit einen Haftbefehl gegen den Geistlichen erlassen werde.

Hindenburg und Stahlhelm.

Der Reichspräsident spricht sein Mißfallen aus.

Berlin, 27. November.

Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt, daß Reichspräsident von Hindenburg in seiner Eigenschaft als Ehrenmitglied des Stahlhelms wieder wegen der „politischen Demonstrationen“ bei der Demonstration von Stahlhelmsmitgliedern sein Mißfallen ausgesprochen habe.

Welche Demonstrationen gemeint sind, wird nicht ausdrücklich gesagt. Während einerseits mitgeteilt wird, daß es sich um den Besuch in Uniform bei Mussolini — Deutschlands Gegner im Weltkrieg — handelt, der Hindenburg mißfallen habe, verläutet auf der anderen Seite, daß ein offizieller Besuch bei der Zeitung „Popolo d'Italia“ Anlaß zu dem Schritt des Reichspräsidenten gegeben habe.

Die Pressestelle des Reichspräsidenten teilt mit, daß Büro des Reichspräsidenten sei nach über die tatsächlichen Zusammenhänge und den durchaus inoffiziellen, politischen Zweckbedeutung entbehrender Charakter vor Studienfahrt unterrichtet worden. Es bestrebe also zwischen dem Ehrenmitglied und der Bundesführung des Stahlhelms über den Vorgang keine Verbindlichkeit in der Zukunft.

Bredt bleibt als Sachminister?

Das Rüstungsgesetz vorläufig zurückgestellt.

Berlin, 27. November.

Wie amtlich mitgeteilt wird, ist nach einer fernmündlichen Vereinbarung zwischen Reichsfinanzminister Dr. Brüning und Reichsminister Dr. Bredt die Erledigung seines Rüstungsgesetzes bis nach der Rückkehr des noch erkrankten Ministers nach Berlin, die Anfang nächster Woche zu erwarten ist, zunächst noch zurückgestellt.

In parlamentarischen Kreisen hält man es nicht für ausgeschlossen, daß Dr. Bredt sich zum Verbleiben in seinem Amt bestimmen läßt, und daß er dann als Sachminister dem Kabinett angehören würde, ohne dadurch seine Partei irgendwie zu verpflichten.

Es ist auch möglich, daß der Kanzler dem Reichspräsidenten vorschlagen wird, den Staatssekretär Joël mit der Rüstungsgesetz als wie im Rüstungsgesetz.

Handlungen der einer Beilegung Collofer und Leib Mitglied der

Wächst!

27. November.

Das regelmäßig um die der Reichsfinanzministerium in dem der Hauptunternehmung ist um den gleich 124 000 betrug, unterliegen ist ein damit haben diese an eine Befragung et, ist die Leberfällen Male etwas etwa 1 000 000 ge-

enden bei den Ar-

Neuer russischer Sabotage-Prozess.
Verhandlung gegen die „Industrie-Partei“.

Moskau, 27. November.

Vor dem Obersten Gerichtshof begann die Verhandlung gegen die sogenannte „Industrie-Partei“. Angeklagt sind Professor Kammin und sieben weitere Professoren und Ingenieure wegen Organisation von Sabotageaktionen und Vorbereitung einer Intervention der Auslandsstaaten.

